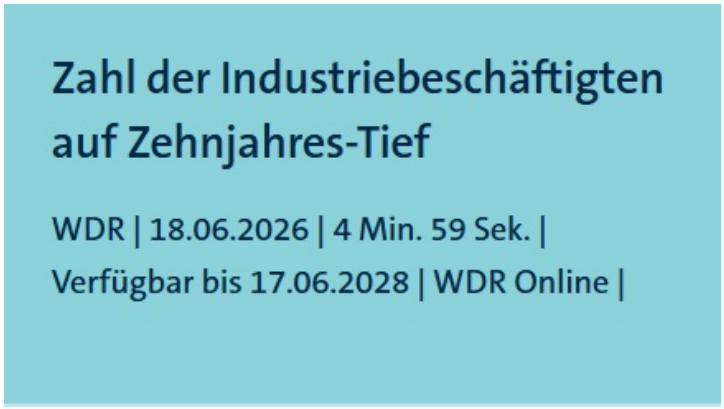
Deutsche Unternehmen scheuen Deutschland

Posted on 30. September 2026 by Kurt Huebner



Screenshot: Website WDR Wirtschaft

Es ist unbestritten: Die Industrie schrumpft. Weshalb Rechtsextreme, Konservative und Wirtschaftsvertreter gleichlautend alarmieren: Deutschland stehe vor einer Deindustrialisierung, also faktisch dem Untergang. Kurt Hübner, wirtschaftspolitischer Kolumnist von *bruchstuecke*, warnt vor diesen Alarmisten: Von einer Deindustrialisierung könne heute noch keine Rede sein. Jedoch, es sei nicht auszuschließen: „Was heute noch wie eine Normalisierung erscheint, kann sich morgen rasch in eine Deindustrialisierung verwandeln." Politik und Wirtschaft müssten zügig reagieren, mit einer angemessenen Strategie. Die liege jedoch nicht in einer Verlängerung der Arbeitszeiten und früheren Krankmeldungen, sondern in Investitionen in ein ebenso naheliegendes wie neues Industrie-Modell, begleitet von einer entsprechenden Industriepolitik.

Die Zahlen über die Verluste an Arbeitsplätzen alarmieren, ebenso wie das Tempo des Stellenabbaus. Ein Beispiel: Zwischen Januar und Juli 2026 verlor die deutsche Automobilindustrie, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, rund 42.300 Arbeitsplätze — ein Rückgang von 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und das ist noch keineswegs das Ende der Massenentlassungen: Die deutschen Automobilhersteller haben bereits angekündigt, ihre Belegschaft in den kommenden Jahren weiter zu verkleinern. Zwar müssen die Unternehmen solche Entscheidungen mit den Gewerkschaften aushandeln, doch ist offensichtlich, dass diese in den letzten Jahren erheblich an Einfluss verloren haben. Das jüngste Beispiel: Dem Management des Volkswagenkonzerns ist es gelungen, der IG Metall sowie dem Land Niedersachsen (als Miteigentümer) die Zustimmung zum Abbau von weiteren 50 000 Arbeitsplätzen weltweit abzuringen.

Das Herzstück des Modell Deutschland

Zur Einordnung der Ereignisse dieser wichtige Hinweis: Im Bereich der industriellen Fertigung nahm (und nimmt) Deutschland unter den führenden Volkswirtschaften stets eine Sonderstellung ein; so war (und ist) der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung immer vergleichsweise hoch. Das Wachstumsmodell von Deutschland basierte bisher auf den hohen Exporten; das wiederum beruhte vor allem auf historischen Gegebenheiten, der kriegsbedingten Modernisierungspolitik der NS-Zeit sowie der sehr selektiven Bombardierung von Seiten der Alliierten. Dieses Modell wurde zudem nur von einer geringen Zahl an Industriebranchen getragen; wie dem Auto-, Maschinenbau- und dem Chemiesektor. Diese Branchen profitierten von der Unterbewertung der früheren D-Mark im Rahmen des Bretton-Woods-Systems der festen Wechselkurse. Diese Unterbewertung verschaffte den Branchen über die damit verbundenen Preisvorteile einen guten Eintritt in das sich liberalisierende internationale Handelssystem. So lag in Folge der Anteil der industriellen Wertschöpfung in Deutschland weit über dem OECD-Durchschnitt. Seit den 1980er Jahren gewann dieser industrielle Kern weiter an Bedeutung, so dass die exportorientierte Industrie, mit Fertigung und entsprechenden industrienahen Dienstleistungen, zum Herzstück des „Modell Deutschland“ wurde.

Wenn in der deutschen Industrie zehntausende hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze verloren gehen, dann kann das als verzögerter Normalisierungsprozess gedeutet werden, bei dem sich Deutschland dem Muster der OECD-Volkswirtschaften annähert; in diesen Staaten wird jeweils der Großteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) mit Dienstleistungen und nicht mit industrieller Produktion erwirtschaftet. Bei diesem Thema muss noch beachtet werden: Geht es in Volkswirtschaften um Verschiebungen zwischen Groß-Sektoren wie Dienstleistungen und Industrie, dann geht es um einen Wandel der Strukturen, der sich im Zweifel über Jahrzehnte hinzieht. Die Daten für Deutschland zeigen: Der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP stagnierte in den letzten zwanzig Jahren; er schwankte zwischen 69 und 71 Prozent. Demgegenüber nahm jedoch der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor an der Gesamtbeschäftigung stetig zu. Das heißt: Die Arbeitsproduktivität ist in diesem Dienstleistungssektor nur gering gewachsen; der höhere Umsatz konnte also nur mit einem Ausbau an Arbeitsplätzen gestemmt werden, nicht etwa mit einer weiteren Rationalisierung, mit der etwa die Produktivität je Arbeitsplatz gesteigert werden konnte. Darüber hinaus lassen aufgeschlüsselte Daten zwei weitere entscheidende Entwicklungen erkennen: IT-Dienstleistungen wachsen generell stark und stetig. Und unternehmensnahe Dienstleistungen sinken, spiegeln damit die schwächeren Umsätze in der Industrie wieder.

Deindustrialisierung sieht anders aus

Nun ist vor dem Hintergrund der hier von mir dargelegten Zahlen in den letzten zwei Jahren eine Debatte entbrannt, ob Deutschland den Schrumpfungsprozess seiner Industrie stoppen kann. Die Debatte, vor allem

geprägt von Konservativen und Repräsentanten der Wirtschaft und von Industrie-Unternehmen, trägt die Überschrift: Deindustrialisierung. Meines Erachtens ist diese Überschrift falsch. Es gibt in Deutschland keine Deindustrialisierung. Jedoch: Die Lage ist sehr schwierig. Aber sie lässt sich managen.

Wie ein erneuter Blick auf die Autoindustrie zeigt: Deren Beschäftigtenzahl ist einerseits auf den niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren gesunken. Jedoch ist sie — gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze — immer noch der zweitgrößte Industriezweig, nach dem Werkzeugmaschinenbau. Weiter: Der Anteil der industriellen Wertschöpfung am BIP ging zwar von rund 21 Prozent (2015) auf etwa 17,4 Prozent (2025) zurück, liegt aber weiterhin deutlich über dem Durchschnitt aller OECD-Volkswirtschaften. Eine Deindustrialisierung sieht anders aus. Dass Deutschland unverändert einen hohen Handelsbilanzüberschuss hat, dafür ist immer noch die starke deutsche Industrie verantwortlich; wenngleich auf deutlich verringertem Niveau.

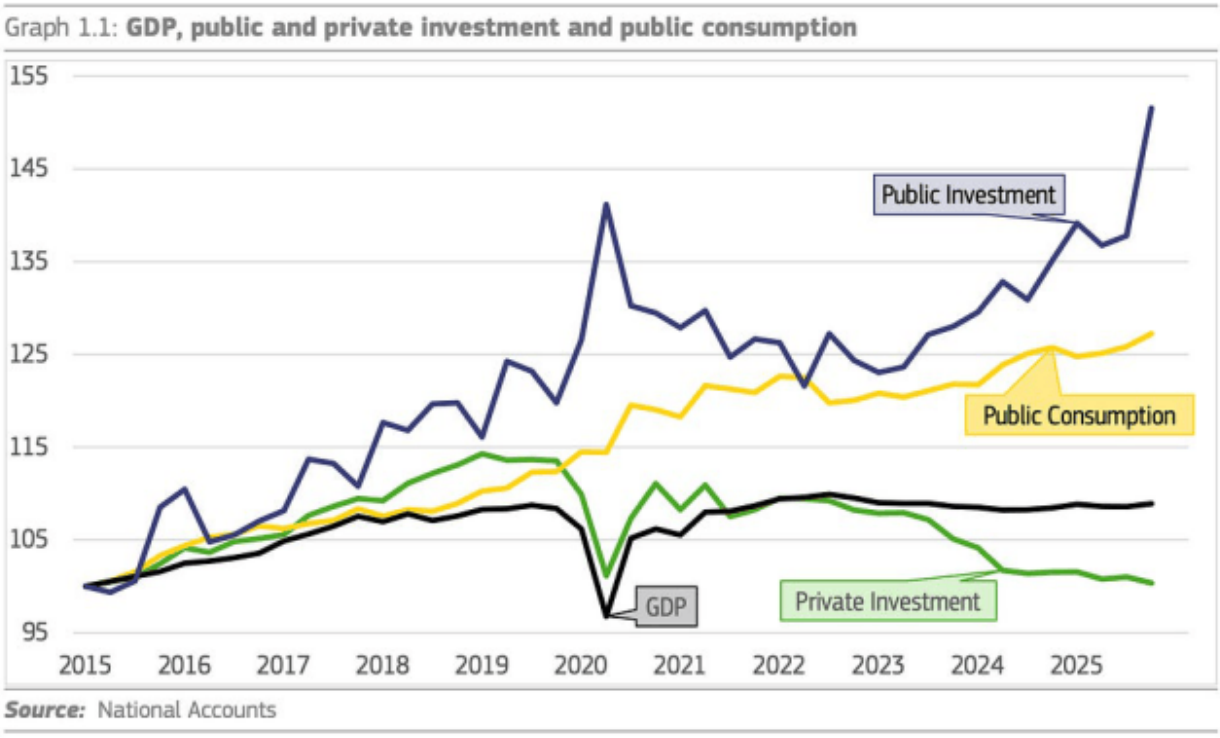
China-Schock 2.0

Wo stehen also deutsche Industrie und Wirtschaft? Ich fremdle auch mit dem Begriff, den ich selbst zu Beginn meiner Kolumne eingeführt habe: Normalisierung. Die aktuellen Vorgänge, die sind mit dem Begriff Normalisierung nicht richtig und genau genug gefasst. Denn: Das Tempo des Stellenabbaus und der Umstrukturierung in der Fertigung ist von einer Normalisierung weit entfernt. Dieser Wandel vollzieht sich rasch und konzentriert sich zudem auf regionale Schwerpunkte. Regionale Industriezentren — etwa Teile von Baden-Württemberg mit ihrem Fokus auf Fahrzeuge und Autoteile — sind zu Krisenzonen geworden; andere stehen kurz davor. Wenn die Autoindustrie mehr Stellen abgebaut hat als jeder andere Industriezweig, dann spiegelt das den gravierend veränderten internationalen Wettbewerb wieder: Die deutschen Autobauer haben die Umstellung auf Elektroautos buchstäblich verschlafen, chinesische Unternehmen steigen auf und entpuppen sich als innovationsstark. Der „China-Schock 2.0“ trifft ganz Europa hart, vor allem jedoch die stark exportorientierte deutsche Industrie.
Zwei Hinweise noch: Das Handelsbilanzdefizit von Deutschland gegenüber China ist in den vergangenen fünf Jahren stetig gewachsen. Und die deutschen Autobauer werden auf dem deutschen Markt von chinesischen Konkurrenten mit preiswerten Hightech-Fahrzeugen konfrontiert. Und in China sind sie in harte Preiskämpfe verwickelt, wegen derer sie dort ständig Marktanteile verlieren.

Unausweichlicher sektoraler Strukturwandel

Ich will nicht bestreiten: Was heute in Deutschland noch wie eine Normalisierung erscheint, kann sich morgen rasch in eine Deindustrialisierung verwandeln. Denn die Zahlen belegen auch, die deutschen Unternehmen

scheuen sich, in Deutschland selbst zu investieren. So ist der Anteil der privaten Bruttoanlageinvestitionen am BIP zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2025 von 21 Prozent (1995) auf rund 15 Prozent (2025) gesunken. Und: Auch von den vom Staat neu aufgelegten öffentlichen Investitionsprogrammen und deren möglichen Vervielfältigungseffekten ist bisher wenig zu spüren. Deutschlands Privatunternehmer investieren eindeutig lieber im Ausland als auf dem Heimatmarkt; nach Angaben der Deutschen Bundesbank investiert das deutsche verarbeitende Gewerbe jährlich zwischen zehn und 20 Milliarden Euro im Ausland.



Die Kurve privater Invesitionen zeigt in Deutschland nach unten

Die Lage der deutschen Wirtschaft zwischen Normalisierung und Deindustrialisierung ist unbequem. Vor allem für die Politik: Denn die jeweiligen Wählerschaften drängen Regierungen wie Parteien, den bisherigen historischen Pfad zu stabilisieren und am Status Quo festzuhalten, mit einer Politik, die Anpassungen und Veränderungen abfedert und verzögert und kaum auf Neues setzt. Und die Politik gibt diesem Druck bisher fast uneingeschränkt nach.

Ich halte dies für falsch. Mit Verzögerungen und der Subventionierung überholter Industriestrukturen ist auf Dauer nichts gewonnen — angesichts disruptiver technologischer Innovationen und tiefgreifender struktureller Veränderungen in der Weltwirtschaft. Worin kann eine angemessene Antwort bestehen?

Es geht nicht, wie konservative Kreise posaunen, etwa um längere Wochenarbeitszeiten und frühere Krankmeldungen. Es geht darum, dass der private Unternehmenssektor technische Innovationen so in Produktentwicklung übersetzt und in seine Produktion einführt, dass damit zugleich möglichst viele qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Und die Politik muss diesen unausweichlichen sektoralen Strukturwandel industriepolitisch begleiten und die Unternehmen entsprechend unterstützen. Die Zeit drängt.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren